

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 90 Rp.

SPORT AKTUELL

Fussball: Vaduz und Zug trennen sich 2:2 (0:2)

Fussball-Erstligist Vaduz konnte sich gestern beim Auftakt zur Frühjahrsrunde gegen Zug nach einem 0:2-Pausenrückstand noch ein verdientes 2:2 erkämpfen.

Abfahrt: Neun Weltcuppunkte für Markus Foser

Bei den beiden Weltcupabfahrten in Kvitfjell holte sich der Balzner Markus Foser am Samstag mit den Rängen 25 und 27 zweimal Weltcuppunkte.

Langlauf-WM: Sehr guter 25. Rang für Hasler

Markus Hasler zeigte nach seinem glänzenden 15. Rang über 30 km auch am Samstag über 10 km Skating mit dem 25. WM-Platz ein sehr gutes Rennen. Mit dem 39. Rang vermochte auch Stefan Kunz aus Triesenberg ein sehr gutes WM-Resultat zu erzielen.

Volleyball: Galina steigt in die 1. Liga auf

Mit einem 3:0-Erfolg im letzten 2. Liga-Meisterschaftsspiel gegen Näfels sicherte sich der VBC Galina den Aufstieg in die 1. Liga. In der 1. Liga der Damen setzte sich Vaduz im letzten Meisterschaftsspiel in Kloten mit 3:0 durch und belegt damit den 2. Schlussrang.

Ausführliche Berichte im Sportteil.

Brandlegung in Schaan: Zeugen gesucht

(LPFL) - Am Freitag, den 10. März ereignete sich in den späten Abendstunden in Schaan, Tröxle, in einem Haus, welches von zwei türkischen Familien bewohnt wird, ein Brandanschlag. Während der Abwesenheit der Bewohner gelangte auf noch unklare Weise eine unbekannte Täterin ins Haus und legte an mehreren Stellen innerhalb der Wohnung Feuer. Durch das rasche Eingreifen der Schaaner Feuerwehr konnte das Haus vor der völligen Zerstörung gerettet werden. Der Schaden geht aber trotzdem in die Zehntausende von Franken. Die Motive für diesen Anschlag sind noch unklar. Eine genaue Untersuchung wurde eingeleitet. Personen, die Beobachtungen gemacht haben oder sonst Hinweise im Zusammenhang mit dieser Tat geben können, werden gebeten, dies der Landespolizei, Tel. 236 71 11, mitzuteilen.

Wo bleibt nur Lisa?
(die Sekretärin)



zum Glück gibt's Lisa ...
(das System für die Ordnung!)



A. Beck Aktiengesellschaft
FL-9495 Triesen • Neusand
Tel. 075/392 41 77
Fax 075/392 10 10

Absichtserklärungen, aber keine Verpflichtungen eingegangen

Weltsozialgipfel am Wochenende in Kopenhagen zu Ende gegangen - Dreifuss plädiert für umfassende Bekämpfung der Armut

Kopenhagen (AP) Rund 120 Staats- und Regierungschefs aus aller Welt haben dem Weltsozialgipfel am Wochenende zwar politische Symbolkraft verliehen, aber nur wenig konkrete Hilfe für die Armen zugesagt. Bundesrätin Ruth Dreifuss rief zu einer umfassenden Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf. Es sei nötig, die Schlussdeklaration und das Aktionsprogramm wörtlich zu nehmen.

In der Schlussdeklaration des bisher grössten UN-Gipfeltreffens versprechen die Regierungen zwar, Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, allerdings ohne konkrete Verpflichtungen einzugehen und Hilfe für die 1,3 Milliarden in Armut lebenden Menschen zuzusagen. Dreifuss, die Vorsteherin der Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), unterstrich die Notwendigkeit, strukturelle Hindernisse zu beseitigen und den «Zugang zu den Schlüsselressourcen und -einrichtungen wie Gesundheit, Ernährung und Erziehung für die gesamte Bevölkerung zu sichern». Der Erfolg der Kopenhagener Beschlüsse hänge entscheidend von der Umsetzung auf nationaler und internationaler Ebene ab. Es sei notwendig, die Deklaration und das Aktionsprogramm wörtlich zu nehmen und sie bei der Gestaltung künftiger Politik bevorzugt heranzuziehen. «Solange es Armut gibt, ist ihre Bekämpfung auf unseren Agenden zuoberst zu führen», sagte sie vor Staats- und Regierungschefs und Delegierten aus 193 Staaten. Laut Dreifuss muss sich jede Gesellschaft am Grad ihrer sozialen Integration messen lassen. Soziale Integration ohne Armuts-Bekämpfung sei aber eine Leerformel. Die Armuts-Bekämpfung habe immer zusammenzugehen mit der Respektierung der Menschenrechte. Besondere Bedeutung komme dabei der Gleichstellung von Mann und Frau zu. Dreifuss hob die Zusammenarbeit staatlicher Einrichtungen und regierungsunabhängiger Organisationen (NGO) hervor. «Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen und der Zivilgesellschaft verstärken, weil wir deren Bedeutung für das soziale Wohl erkannt haben, nicht etwa, um staatliche Gemeinschaften aus ihrer Verantwortung zu entlassen», sagte sie. Es dürfe nicht sein, den Staat auf Kosten der NGO zu entlasten.

Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl kündigte die Verlängerung eines Programms gegen Kinderarbeit an.

Dafür sollen in den kommenden fünf Jahren zusätzliche 50 Millionen Mark (rund 42 Millionen Franken) bereitgestellt werden. «Nur wo Freiheit herrscht, ist sozialer Fortschritt möglich», erklärte er. Es gebe keine Rechtfertigung, Menschen im Interesse wirtschaftlicher Ziele ihre bürgerlichen und politischen Rechte zu verweigern.

Der amerikanische Vizepräsident Al Gore sprach von einer neuen Initiative der Partnerschaften. «Im Ausland und zu Hause müssen wir neu definieren, wie wir Armut bekämpfen und das Verhältnis zwischen Geben und Empfangern gestalten können.» Die Vereinigten Staaten würden mehr Entwicklungshilfe über die NGO leisten.

Die Staats- und Regierungschefs waren sich einig, dass Armut und Arbeitslosigkeit die politische Stabilität gefährdeten. Doch klang Kritik an reichen Ländern an, weil sie sich gegen mehr Entwicklungshilfe sträubten. «Wir kommen von einer grossen Konferenz zur anderen, rufen globale Aktionsprogramme mit hochgesteckten Zielen aus, aber die notwendigen Mittel zur Umsetzung stellen wir nicht zur Verfügung», sagte der malaysische Ministerpräsident.

Ruf nach Schuldenerlass

Die erst nach zähen Verhandlungen vollendete Schlussdeklaration stiess wegen vager Kompromissformulierungen insbesondere bei einem Teil der NGO auf Kritik. So soll beispielsweise über bilaterale Schulden in Einzelverhandlungen entschieden werden, und Finanzinstitute wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds werden nur aufgefordert, neue Möglichkeiten für die Entschuldung der mit insgesamt 1,95 Billionen Dollar verschuldeten armen Länder

zu entwickeln. Der dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen drang auf Entschuldung.

Dänemark hatte zum Kongress-Auftakt die Streichung von einer Milliarde Kronen (200 Millionen Franken) bekanntgegeben. Auch die Präsidenten Indonesiens und Pakistans setzten sich dafür ein. Doch nur der österreichische Kanzler Franz Vranitzky verkündete den Erlass von umgerechnet 117 Millionen Franken.

Quote von 0,7 Prozent

Der französische Staatspräsident François Mitterrand wies darauf hin, dass die Entwicklungshilfe Frankreichs bereits bei 0,63 Prozent des Bruttoinlandproduktes liege. Die Deklaration ruft alle reichen Länder auf, «so schnell wie möglich» eine Quote von 0,7 Prozent zu erreichen.

Soziales Umfeld in unserem Land verbessern

Regierungschef Dr. Mario Frick gab eine Erklärung am Weltgipfel für soziale Entwicklung ab

(G.M.) - Gleichstellung der Frauen, Arbeitslosigkeit und Familienpolitik waren drei Themen, die Regierungschef Dr. Mario Frick in seiner Ansprache am Weltgipfel für soziale Entwicklung in Kopenhagen ansprach. In seiner am Sonntag gehaltenen Rede nahm er bei diesen Themen Bezug auf die Massnahmen, die von der Regierung in unserem Land geplant sind.

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung seien nicht nur eine Bedrohung für das Wohlergehen der Menschheit, erklärte der Regierungschef zu Beginn, sondern auch für die Stabilität der Gesellschaften und somit für den Frieden zwischen den Nationen. Aus diesem Grund sollten sich nach seiner Aufforderung alle Staaten und die internationale Gemeinschaft zu konkreten Massnahmen auf dem Gebiete der sozialen Entwicklung verpflichten.

Liechtenstein sei ein kleines Land, das naturgemäss nur in begrenztem Masse Menschen aufnehmen könne, führte Regierungschef Frick im Zusammenhang mit der Mobilität der Arbeitskräfte aus. Doch sei geplant, «die faire und gleiche Behandlung seiner legalen Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen zu fördern».



Regierungschef Dr. Mario Frick sprach gestern am Weltgipfel für soziale Entwicklung.

Von der Arbeitslosigkeit sind nach seiner Ansicht vor allem Frauen, ältere Menschen, Jugendliche und Behinderte betroffen. Weil Frauen in vermehrtem Masse einer Erwerbstätigkeit nachgingen, müssten ihnen dieselben Möglichkeiten wie den Männern geboten werden. «Zur Förderung der Gleichstellung der Frau ergreift die Regierung Liechtensteins besondere Massnahmen, um Frauen in die Lage zu verset-

zen, an öffentlichen Entscheidungen und an deren Umsetzung teilzunehmen, und um ihnen den Zugang zu allen Beschäftigungsmöglichkeiten auf allen Ebenen zu öffnen», erklärte Regierungschef Dr. Mario Frick.

Als Folge des Internationalen Jahres der Familie plane die Regierung - nach einer eingehenden Untersuchung der Familiensituation - eine Reihe von Massnahmen zur Unterstützung der Familien. Zur Arbeitslosensituation gab der Regierungschef die Erklärung ab, dass sich Liechtenstein ebenfalls mit dieser Problematik auseinandersetzen müsse, obwohl die Arbeitslosenquote deutlich unter derjenigen der Nachbarstaaten liege. In Liechtenstein werden soziale Unterstützung, Ausbildung- und Beschäftigungsprogramme unter besonderer Berücksichtigung der verwundbarsten Gruppen der Gesellschaft, wie Langzeitarbeitslose, Frauen und Jugendliche, angeboten. Die Regierung sei ausserdem bestrebt, ein Umfeld zu schaffen, in dem Frauen nicht länger durch niedrigere Gehälter für gleiche Arbeit oder durch das Fehlen von Einrichtungen zur Kinderbetreuung davon abgehalten werden, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Offizieller Agrarpolitik der Schweiz den Boden entzogen

Alle drei Agrarvorlagen gescheitert - Erneut ein Graben zwischen Deutsch- und Westschweiz - Ausgabenbremse unbestritten

Bern (AP) Das Stimmvolk hat der offiziellen Agrarpolitik den Boden entzogen und das Parlament zum mehr Disziplin bei den Ausgaben verpflichtet. Bei einer Stimmbeteiligung von 37,3 Prozent verwarf der Souverän am Wochenende alle drei Landwirtschaftsvorlagen, während die Ausgabenbremse mit überwältigendem Mehr angenommen wurde.

Der erste umfassende Agrarartikel in der Bundesverfassung wurde knapp mit 879 673 (50,8 Prozent) Nein gegen 850 621 (49,2 Prozent) Ja abgelehnt. Das Ständemehr wurde mit 14 ablehnenden gegen neun zustimmende Kantone deutlicher verfehlt. Einmal mehr öffnete sich ein Graben zwischen der verwerfenden Deutschschweiz und der klar zustimmenden Romandie. Mit 61,9 Prozent Nein verwarf der Kanton Solothurn am stärksten. Es folgten die Kantone Basel-Stadt (61,4), Glarus (60,8) und Basel-Landschaft (60,0). Ja-Mehrheiten ergaben sich in allen Westschweizer Kantonen sowie in den Ständen Luzern, Thurgau, Obwalden und Appenzell-Innerrhoden. Der Landwirtschaftsartikel war als Gegenvorschlag zur Volksinitiative des Schweizerischen Bauernverbands ausgearbeitet worden, die inzwischen zurückgezogen worden ist. Er hätte keine umwälzenden Neuerungen gebracht, son-

dern den bereits eingeschlagenen Kurswechsel bekräftigt: weg von planwirtschaftlichen Preis- und Absatzgarantien und hin zu Direktzahlungen, mehr Markt und naturnaher Produktion. Die Gegnerschaft hatte den Artikel als schwammig bezeichnet und stärkere ökologische

Akzente in Richtung «Bioland» Schweiz gefordert.

Noch deutlicher war die Schlappe von Bundesrat, Parlamentsmehrheit und Agrar-Lobby bei den anderen beiden Agrarvorschlägen. Der revidierte Milchwirtschaftsbeschluss scheiterte mit 1 095 068

(63,4 Prozent) Nein gegen 632 114 (36,6 Prozent) Ja, und die Änderung des Landwirtschaftsgesetzes wurde mit 1 144 738 (66,4 Prozent) Nein gegen 579 530 (33,6 Prozent) Ja verworfen. Hier stimmten nur die drei welschen Stände Freiburg, Waadt und Jura zu, sowie im Falle des Milchwirtschaftsbeschlusses auch Genf. Die Bauern werden damit nicht zur Ablieferung eines «Zehnten» in Form von obligatorischen Solidaritätsbeiträgen an die mächtigen Vermarktungsorganisationen verpflichtet, und mit den erstmals unentgeltlich zugeteilten Milchkontingenten kann auch künftig nicht gehandelt werden.

Unbestrittene Ausgabenbremse

Die mit 1 408 326 (83,1 Prozent) Ja gegen 287 063 (16,9 Prozent) Nein eingeführte Ausgabenbremse legt fest, dass für grössere neue Ausgaben künftig die Mehrheit aller Mitglieder von National- und Ständerat zustimmen muss, während bisher die Mehrheit der Anwesenden genügte.

Die Grenze wird bei 20 Millionen für einmalige und bei zwei Millionen für wiederkehrende Ausgaben angesetzt. Auch das Ständemehr für die Verfassungsänderung kam problemlos zustande, stimmten doch alle Kantone zu.



Im Vorfeld der Abstimmungen vom Wochenende wurde eine heisse Meinungsbildungsschlacht geschlagen. Das Schweizer Volk schliesslich erteilte der offiziellen Landwirtschaftspolitik gestern ein Abfuhr.